



Berlin, 03. Dezember 2009

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

die neue Koalitionsregierung hat ihre Arbeit aufgenommen und, wie die Presse übereinstimmend kommentiert, einen holprigen Start hingelegt. In verschiedenen Punkten wird erkennbar, dass die Koalitionäre die Koalitionsvereinbarung mit der heißen Nadel gestrickt haben. Vieles ist nicht ausdiskutiert worden und bereitet nun in der Phase der Umsetzung erhebliche Probleme. Zu dieser Kategorie gehört auch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, mit dem die im Koalitionsvertrag vereinbarten Sofortmaßnahmen umgesetzt werden sollen. Obwohl keine zwingende Notwendigkeit für diese gesetzliche Regelung besteht und das Geld, das dafür aufgewendet wird auch gar nicht vorhanden ist, soll dieses Gesetzentwurf offenbar auf Biegen und Brechen durchgesetzt werden, auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung dies nicht will. Nach Meinung der Mehrheit werden hier Wahlgeschenke verteilt, die andere zahlen müssen.

Zu diesen „anderen“ zählen auch die Bundesländer. Dass die Bundesländer, die eine andere politische Zusammensetzung haben, sich dagegen wehren, wurde erwartet. Dass aber auch Regierungen, die die gleichen politischen Farben prägen, Widerstand leisten, hat die Koalitionäre überrascht.

Der Freistaat Sachsen – der durch eine CDU/FDP-Koalition regiert wird -, hat angekündigt, dem Vorhaben im Bundesrat nicht zuzustimmen, auch das Bundesland Schleswig-Holstein hat in der Person des Ministerpräsidenten Harry Carstensen klar erklärt, die Steuerausfälle seien nicht bezahlbar.

Dass das Wachstums- und Entlastungsgesetz finanziell eigentlich nicht geschultert werden kann, wissen auch die Koalitionäre in Berlin. Das weiß auch Bundesfinanzminister Schäuble. Doch wird in Nibelungentreue zur Koalitionsvereinbarung an diesem Vorhaben festgehalten und die Sache durchgeboxt. In der Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags waren mit Ausnahme der Vertreter des DeHoGa und des Bauernverbandes alle anderen Sachverständigen gegen dieses Gesetzespaket. Von namhaften Professoren wurde es als ökonomisch unsinnig bezeichnet. Der DSTG-Bundesvorsitzende hat auf Fragen der Abgeordneten klargemacht, dass die Erhöhung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes zwar schön sind, aber diesen Zuwachs die Kinder und Enkel mit Zins und Zinseszins Euro für Euro selbst bezahlen müssen. Das ist kein fairer Umgang zwischen den Generationen. Die Erleichterungen für die Wirtschaft beim Thema Mantelkauf, Zinsschranke sind als Wunsch der Wirtschaft nach einer Korrektur zwar verständlich, aber diese Änderungen wären nicht zwingend notwendig und sind auch nicht finanzierbar.

Nach der parlamentarischen Anhörung wurde ich von Journalisten gefragt, ob nun nach dem eindeutigen Ergebnis der Expertenbefragung damit zu rechnen sei, dass das Gesetzesvorhaben aufgegeben werde, erklärte ich, nach meiner Einschätzung wäre dies nicht der Fall. Es gebe zwar keinen Abgeordneten im Finanzausschuss, der von dem Vorhaben überzeugt ist, letztlich entscheiden aber die Spitzen der Parteien, ob an dem Projekt trotz Kritik festgehalten werde. Bei privaten Gesprächen mit Abgeordneten ist zu hören, sie hielten das Gesetz zwar für Blödsinn, müssen aber zustimmen, weil ansonsten die Bundeskanzlerin beschädigt werden würde. Dies könne man nicht vertreten.

Es liegt also in der Hand der Kanzlerin, dieses Vorhaben zu stoppen. In diesem Fall würde sie keinen Gesichtsverlust erleiden sondern Stärke zeigen. Wenn alle Sachverständigen, mit Ausnahme der direkt Betroffenen, die Initiative als falsch ansehen, wäre es politische Größe, das Projekt zu streichen. Der Koalitionspartner FDP würde sich nichts vergeben, wenn er dem Verzicht zustimmen würde, weil alle Parteien im Koalitionsvertrag den Satz unterschrieben haben, dass die Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Selbst wenn man konstatiert, das Gesetz sei gut gemeint, kommt es zum falschen Zeitpunkt. Die notleidenden öffentlichen Kassen vertragen an keiner Stelle neue Einnahmeausfälle. Auch wenn der Entwurf überschrieben ist mit Wachstumsbeschleunigungsgesetz, wird der Inhalt dem Namen nicht gerecht und trägt nichts zur Wachstumsbeschleunigung bei.

Damit kann es getrost aufgeschoben werden. Geschoben hieße ja dann nicht aufgehoben. Aber nach dem bisherigen Ritual steht zu befürchten, dass sich die Ministerpräsidenten Tillich und Carstensen ihr Widerstand abkaufen lassen und dadurch erneut die öffentlichen Kassen - vermutlich des Bundes - belastet werden. Wenn dieses Szenario so eintritt, ist dies kein guter Start der neuen Bundesregierung. Wenn wir uns in Aller Interesse viel Erfolg auf der politischen Bühne wünschen gehört dazu auch, dass man auf den Rat von Sachverständigen hört.

*Mit kollegialen Grüßen*

Ihr

*Dieter Ondracek*  
(DSTG Vorsitzender)